



## Vertrag

zwischen dem

**Land Rheinland-Pfalz,**

vertreten durch den **Landtag Rheinland-Pfalz,**

dieser vertreten durch den

Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz Matthias Lammert,

dieser wiederum vertreten durch die Direktorin beim Landtag Ursula Molka,

Platz der Mainzer Republik 1

55116 Mainz

(im Folgenden „**Auftraggeber**“)

und

[...]

[Name des Auftragnehmer]

[Straße] [Hausnummer]

[PLZ] [Ort]

[Land]

(im Folgenden „**Auftragnehmer**“)

- Auftraggeber und Auftragnehmer im Folgenden auch je einzeln eine „**Partei**“ und gemeinsam die

„**Parteien**“ -

über Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung einer Video-Plattform für die Übertragung und die Aufzeichnung von Plenar- und Ausschusssitzungen sowie mittelbar parlamentarischer Veranstaltungen, die Veröffentlichung der Aufzeichnungen und die Bereitstellung von Material zur Weiterbearbeitung.

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Vertragsgegenstand und Leistungsbestandteile .....	4
2.	Vertragsbestandteile und Geltungsreihenfolge .....	4
3.	Vertrag, Grundleistungen und Optionale Leistungen .....	5
4.	Fest bestellter Leistungsbestandteil (Grundleistungen) .....	6
5.	Optionale Leistungen und Abrufverfahren .....	6
6.	Vertragsbeginn und -laufzeit .....	7
7.	Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers und Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers .....	7
8.	Mitarbeiter des Auftragnehmers .....	10
9.	Einbindung und Austausch von Unterauftragnehmern / Lieferanten .....	11
10.	Abrechnung und Vergütung des Auftragnehmers .....	11
11.	Rechnungsstellung .....	13
12.	Verschwiegenheit und Weitergabe von Informationen .....	14
13.	Wettbewerbsbeschränkungen, Antikorruptionsklausel, Einhaltung sonstiger rechtlicher Verpflichtungen .....	15
14.	Nutzungsrechte .....	16
15.	Leistungsstörung / Haftung .....	18
16.	Haftpflichtversicherung .....	19
17.	Datenschutz und Barrierefreiheit .....	19
18.	IT-Sicherheit .....	20
19.	Förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen .....	21
20.	Kündigung .....	21
21.	Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht .....	23
22.	Schlussbestimmungen .....	23
	Anlagen .....	24

## PRÄAMBEL

Für die Übertragung und die Aufzeichnung von Veranstaltungen (Plenarsitzungen und einigen Ausschusssitzungen und mittelbar parlamentarische Veranstaltungen) und für die Veröffentlichung der Aufzeichnungen und für die Bereitstellung von Material zur Weiterbearbeitung hat das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den Landtag Rheinland-Pfalz im Wege eines europaweiten Vergabeverfahrens („Vergabeverfahren“) ein Unternehmen gesucht, welches die in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] näher beschriebenen Leistungen als fest bestellten Leistungsbestandteil sowie als optional abrufbare Leistungen nach Maßgabe dieses Vertrags erbringt.

Im Wesentlichen geht es um eine cloudbasierte Video-Plattform. Die Video-Plattform muss aus einem passwortgeschützten Administratorbereich (mit 2-Faktor-Authentifizierung und Protokoll über Anmeldungen) für die Landtagsverwaltung Rheinland-Pfalz und einem frei zugänglichen Bereich für die Öffentlichkeit bestehen. Bei dem Auftraggeber sind keine Server (on Premise) vorhanden. Die Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] setzt die Bereitstellung von Servern durch den Auftragnehmer voraus.

Ganz grundsätzlich ist die Anwesenheit des Auftragnehmers vor Ort im Landtag Rheinland-Pfalz in Mainz, bis auf den Kickoff-Termin, nicht nötig. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich die Leistungen im laufenden Betrieb der Video-Plattform „remote“ erfüllen lassen.

Der Auftragnehmer war in dem oben genannten Vergabeverfahren mit seinem Angebot Bestbieter und hat daher den Zuschlag erhalten.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien, was folgt:

## **1. Vertragsgegenstand und Leistungsbestandteile**

- 1.1 Der Auftragnehmer erbringt auf Grundlage dieses Vertrags für den Auftraggeber die in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] näher beschriebenen Leistungen. Der Vertrag umfasst einen mit Vertragsschluss fest bestellten Leistungsbestandteil nach **Ziffer 4.2** dieses Vertrags („**Grundleistungen**“) sowie optionale Leistungen, die der Auftraggeber nach Bedarf nach Maßgabe von **Ziffer 5** dieses Vertrags abrufen kann („**Optionale Leistungen**“).
- 1.2 Für die Grundleistungen ist die Vergütung gemäß Ziffer 10. dieses Vertrags i.V.m. dem Preisblatt [**Anlage B.2**] maßgeblich.
- 1.3 Art und Umfang der Optionalen Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]. Die Vergütung der Optionalen Leistungen erfolgt auf Grundlage der im Preisblatt [**Anlage B.2**] angebotenen Preise nach Maßgabe der tatsächlich abgerufenen und erbrachten Leistungen. Für den Auftraggeber besteht weder eine Mindestabnahmemenge noch eine Verpflichtung zum Abruf einzelner oder sämtlicher Optionaler Leistungen. Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung Optionaler Leistungen besteht nicht.
- 1.4 Unabhängig von **Ziffer 1.2** dieses Vertrags bleibt es dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer unbenommen, in den Grenzen des § 132 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in beiderseitigem Einvernehmen Änderungen an diesem Vertrag zu vereinbaren.

## **2. Vertragsbestandteile und Geltungsreihenfolge**

- 2.1 Es gelten nacheinander als Vertragsbestandteile in folgender absteigender Geltungsreihenfolge:
  - 2.1.1 der jeweilige Abruf Optionaler Leistungen;
  - 2.1.2 die Bestimmungen dieses Vertrags;
  - 2.1.3 der Auftragsverarbeitungsvertrag [**Anlage B.3**];
  - 2.1.4 die Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**];
  - 2.1.5 die vergaberechtliche Verpflichtungserklärung - soweit aus dem Vergabeverfahren vorliegend [**Anlage A.4**];
  - 2.1.6 die Verpflichtungserklärung nach dem Verpflichtungsgesetz [**Anlage B.5**]
  - 2.1.7 Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) - Fassung 2003
  - 2.1.8 das bezuschlagte Angebot des Auftragnehmers aus dem Vergabeverfahren [**Anlage B.4**], das insbesondere das Preisblatt [**Anlage B.2**] enthält
- 2.2 Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden kein Vertragsbestandteil und

gelten nicht im Zusammenhang mit diesem Vertrag oder den auf seiner Grundlage beauftragten Leistungsbestandteilen, soweit dies im vorliegenden Vertrag nicht ausdrücklich bestimmt ist, auch wenn der Auftraggeber ihrer Geltung im Einzelfall nicht widerspricht. Dies gilt auch, wenn der Auftragnehmer ausdrücklich oder konkludent auf seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder abweichenden Vertragsregelungen verweist oder einzelnen oder allen Vertragsbedingungen des Auftraggebers ausdrücklich oder konkludent widerspricht. Selbst wenn der Auftraggeber auf ein Schreiben Bezug nimmt, das Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers oder eines Dritten enthält oder auf solche verweist, liegt darin kein Einverständnis mit der Geltung jener Geschäftsbedingungen. Das in dieser **Ziffer 2.2** Vorstehende gilt auch bei in den Grenzen des § 132 GWB in beiderseitigem Einvernehmen zwischen den Parteien vereinbarten Änderungen an diesem Vertrag.

- 2.3 Bei Widersprüchen oder Unstimmigkeiten haben die in der in **Ziffer 2.1** dieses Vertrags genannten Geltungsreihenfolge zuvor genannten Regelungen und Bestimmungen immer Vorrang vor den in dieser Reihenfolge nachfolgend genannten Regelungen. Regelungslücken werden konstruktiv unter Bezugnahme auf die nach der genannten Geltungsreihenfolge genannten Regelungen und Bestimmungen geschlossen. Bei Dokumenten, die auf der gleichen Ebene aufgelistet sind, hat das aktuellere Dokument Vorrang vor dem älteren Dokument.
- 2.4 Im Falle von Widersprüchen zwischen diesem Vertrag und dem Auftragsverarbeitungsvertrag (Anlage B.3) gehen in datenschutzrechtlichen Fragen die Regelungen des Auftragsverarbeitungsvertrags vor; im Übrigen verbleibt es bei der vorstehenden Geltungsreihenfolge.
- 2.5 Der Auftraggeber haftet nicht für etwaige Fehler in von ihm übergebenen Unterlagen. Etwaige Fehler werden dem Auftraggeber auch nicht gemäß § 254 BGB ganz oder teilweise zugerechnet, es sei denn der Auftragnehmer macht unverzüglich und in jedem Fall vor Verwendung der Unterlagen Bedenken nach Absatz 4 geltend, die der Auftraggeber nicht ausräumt. Dies gilt auch für Unterlagen, die der Auftraggeber nach Vertragsbeginn noch liefert. Diese sind vom Auftragnehmer im Rahmen des von ihm zu verantwortenden Aufgabenbereichs unverzüglich und umfassend zu überprüfen.

### **3. Vertrag, Grundleistungen und Optionale Leistungen**

- 3.1 Dieser Vertrag regelt die Erbringung der Grundleistungen und der Optionalen Leistungen durch den Auftragnehmer.
- 3.2 Mit Abschluss dieses Vertrags beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer fest mit der Erbringung der Grundleistungen nach **Ziffer 4.2** dieses Vertrags. Alle weiteren in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] vorgesehenen Leistungen sind Optionale Leistungen und werden nur durch gesonderten Abruf des Auftraggebers in Textform beauftragt. Für den Auftraggeber besteht keine Verpflichtung, Optionale Leistungen ganz oder teilweise abzurufen.

- 3.3 Der Auftraggeber behält sich vor, Leistungen, die nicht als Grundleistungen fest beauftragt sind und nicht als Optionale Leistungen nach diesem Vertrag abgerufen werden, unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften anderweitig zu vergeben. Die Bestimmungen dieses Vertrags finden auf solche anderweitigen Vergaben keine Anwendung, auch wenn der Auftragnehmer an einer solchen Vergabe teilnimmt.
- 3.4 Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten für die Grundleistungen sowie für sämtliche durch Abruf des Auftraggebers beauftragten Optionalen Leistungen.
- 3.5 Für die Abrechnung und Vergütung der Grundleistungen und der Optionalen Leistungen gelten die Regelungen gemäß **Ziffer 10** dieses Vertrags.

#### **4. Fest bestellter Leistungsbestandteil (Grundleistungen)**

- 4.1 Die in **Ziffer 4.2** dieses Vertrags genannten Grundleistungen werden mit der Erteilung des Zuschlags auf das Angebot des Bestbietenden und damit mit Abschluss dieses Vertrags fest beauftragt.
- 4.2 Fest beauftragte Grundleistungen im Sinne der **Ziffer 4.1** dieses Vertrags sind die in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] aufgeführten Leistungen, welche nicht als „optional“ gekennzeichnet sind.

#### **5. Optionale Leistungen und Abrufverfahren**

- 5.1 Optionale Leistungen sind die in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] als „optional“ gekennzeichneten Leistungen. Optionale Leistungen werden während der Vertragslaufzeit nur durch gesonderten Abruf des Auftraggebers in Textform (zum Beispiel per E-Mail) beauftragt.
- 5.2 Der Auftraggeber ruft Optionale Leistungen spätestens um 17:00 Uhr des Arbeitstags ab, der vor dem Zeitpunkt der Leistungserbringung der abgerufenen Leistungen liegt, sofern in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] oder im Abruf keine abweichende Frist bestimmt ist.
- 5.3 Der Abruf Optionaler Leistungen durch den Auftraggeber („Abruf“) erfolgt nach Maßgabe dieses Vertrags und verpflichtet den Auftragnehmer unmittelbar zur Leistungserbringung. Der Auftragnehmer darf die Durchführung eines Abrufs nicht ohne sachlichen Grund verweigern. Der Auftragnehmer hat einen solchen sachlichen Grund unverzüglich in Textform gegenüber dem Auftraggeber mitzuteilen. Die aus dem Abruf folgenden Verpflichtungen des Auftragnehmers bleiben unberührt.
- 5.4 Für den Auftragnehmer besteht kein Rechtsanspruch auf den Abruf einzelner oder aller Optionalen Leistungen. Ein Abruf durch den Auftraggeber begründet kein selbständiges Vertragsverhältnis über die abgerufenen Leistungen, sondern konkretisiert die Leistungspflichten aus diesem Vertrag.
- 5.5 Der Leistungszeitraum der jeweils abgerufenen Optionalen Leistungen wird von den Parteien im jeweiligen Abruf bestimmt. Dieser Leistungszeitraum ist unabhängig von der Laufzeit dieses Vertrags, soweit der Abruf nach diesem Vertrag wirksam erfolgt ist.

- 5.6 Für die Grundleistungen und die durch Abruf beauftragten Optionalen Leistungen gilt die in **Ziffer 2.1** dieses Vertrags genannte Geltungsreihenfolge.

## **6. Vertragsbeginn und -laufzeit**

- 6.1 Dieser Vertrag beginnt mit der Erteilung des Zuschlags („Vertragsbeginn“).
- 6.2 Die Unterzeichnung dieses Vertrags hat rein deklaratorische Wirkung. Ihr wird lediglich eine Beweisfunktion zuteil.
- 6.3 Dieser Vertrag hat eine Grundlaufzeit bis zum Ablauf des **31. Dezembers 2028**. Nach Ablauf der Grundlaufzeit verlängert sich der Vertrag jeweils um zwölf (12) Monate („Verlängerungszeitraum“), sofern der Auftraggeber den Vertrag nicht spätestens drei (3) Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit bzw. des jeweiligen Verlängerungszeitraums in Schriftform kündigt.
- 6.4 Dieser Vertrag endet mithin spätestens mit Ablauf des **31. Dezembers 2034** („Gesamthöchstlaufzeit“). Mit Erreichen der Gesamthöchstlaufzeit endet der Vertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine Überschreitung der Gesamthöchstlaufzeit ist ausgeschlossen; etwaige Verlängerungen darüber hinaus sind unzulässig.
- 6.5 Leistungsbeginn ist der jeweils spätere der folgenden Zeitpunkte: (a) der **01. Januar 2027** oder (b) der erste Tag des übernächsten Monats nach Zuschlagserteilung. Ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung, einem Abruf Optionaler Leistungen oder einer gesonderten Vereinbarung zwischen den Parteien ein späterer Zeitpunkt, so gilt dieser spätere Zeitpunkt als Leistungsbeginn.

## **7. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers und Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers**

- 7.1 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der Leistungserbringung verpflichtet, alles zu tun, was erforderlich ist, um die Leistungen termingerecht, zielgerichtet und effizient zu erbringen.
- 7.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber über seine Tätigkeit monatlich Bericht zu erstatten. Der Bericht muss auch vollständig Ausführungen über angefallene und noch anfallende Honorare enthalten. Der Auftragnehmer hat den jeweiligen Bericht spätestens sieben (7) Tage nach Ablauf des jeweiligen Monats an den Auftraggeber in Textform zu übermitteln.
- 7.3 Leistungsort ist - sofern nicht etwas anderes in der Leistungsbeschreibung oder im Abruf Optionaler Leistungen bestimmt ist - der Landtag Rheinland-Pfalz in Mainz.
- 7.4 Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen in Übereinstimmung mit geltendem Recht und den anerkannten Regeln der Technik. Soweit in der Leistungsbeschreibung ausdrücklich Normen/Standards (z.B. DIN/EN/ISO) benannt sind, gelten diese in der bei Angebotsabgabe gültigen Fassung, sofern nicht abweichend angegeben. Empfehlungen oder unverbindliche Leitlinien werden nur verbindlich, wenn sie in der Leistungsbeschreibung ausdrücklich als verbindlich ausgewiesen sind. Im Konfliktfall gehen die Vorgaben der

Leistungsbeschreibung vor.

- 7.5 Der Auftragnehmer verpflichtet sich die organisatorischen und technischen Vorkehrungen zur termingerechten Leistungsaufnahme zu treffen und die Leistungsbereitschaft während des gesamten Leistungszeitraums aufrecht zu erhalten.
- 7.6 Soweit dem Auftragnehmer zur ordnungsgemäßen Erbringung seiner Leistungen erforderliche Angaben fehlen, so hat er den Auftraggeber unverzüglich hierauf hinzuweisen und die erforderlichen Angaben unter entsprechender Konkretisierung anzufordern. Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen ihm von dem Auftraggeber übergebene Unterlagen oder stellt er Lücken, Widersprüche und / oder Unklarheiten bei der Erbringung seiner Vertragsleistungen fest, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich hierauf hinzuweisen und darzulegen, wie diesen Bedenken Rechnung getragen werden kann oder wie diese Lücken, Überschneidungen, Unklarheiten oder Widersprüche geschlossen, verhindert oder beseitigt werden können. Verletzt der Auftragnehmer diese Überprüfungs- und Mitteilungspflicht, so ist er dem Auftraggeber zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Aus verbliebenen Unklarheiten oder Widersprüchen kann der Auftragnehmer keinerlei Rechte ableiten.
- 7.7 Auftragnehmer und Auftraggeber verpflichten sich, zur Gewährleistung der wirtschaftlichen und sicheren Aufgabenerledigung jederzeit vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, sich in diesem Sinne gegenseitig und rechtzeitig zu informieren und sich über Maßnahmen abzustimmen, die den Regelungsbereich dieses Vertrags und der auf seiner Grundlage abgerufenen Optionalen Leistungen berühren.
- 7.8 Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Auftragnehmer bei der Erbringung aller Dienstleistungen fachliche, sachliche und organisatorische Weisungen zu erteilen, die vom Auftragnehmer zu befolgen sind. Der Auftraggeber erteilt den von dem Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeitenden des Auftragnehmers keine Weisungen im arbeitsrechtlichen Sinne. Alle etwaigen Weisungen des Auftraggebers sind ausschließlich als Weisungen gegenüber dem Auftragnehmer zu verstehen. Der Auftragnehmer hat daher entweder selbst oder durch eine bestimmte Person die Weisungs- und Aufsichtsbefugnisse gegenüber den von dem Auftragnehmer im Rahmen seiner Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeitenden des Auftragnehmers tatsächlich auszuüben. Bei Ausübung des Weisungsrechts beachtet der Auftraggeber eine nach Landesrecht bestehende fachliche Unabhängigkeit des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegten Mindestanforderungen gewonnen oder hergestellt worden sind.
- Im Übrigen gelten die Verpflichtungen zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auch bezüglich der abgerufenen Optionalen Leistungen entsprechend.



## 7.9 Der Auftraggeber erbringt die folgenden Mitwirkungsleistungen:

- Die Benennung der Mitarbeiterinnen des Auftraggebers, die einen Zugang zum passwortgeschützten Administratorbereich haben müssen (siehe einleitende Zeilen der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Die Art der 2-Faktor-Authentifizierung legen Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam fest (siehe einleitende Zeilen der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Das Datum und die Startuhrzeit von Übertragungen teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer so frühzeitig wie möglich mit (im Rahmen eines Abrufs Optionaler Leistungen; siehe **Ziffer 5** dieses Vertrags);
- Das fertige Signal wird vom Auftraggeber bei Übertragungen ohne barrierefreie Inhalte an den Streamingserver und den Backup-Streamingserver gesendet (siehe beispielsweise Ziffer 2.1 und 2.2 der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Beginn und Ende der Übertragung von Plenarsitzungen, Präsenzausschusssitzungen und mittelbar parlamentarischen Veranstaltungen bestimmt der Auftraggeber selbst durch Freischaltung in einem passwortgeschützten Administratorbereich der Plattform (siehe beispielsweise Ziffern 2.1 und 2.2 der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Grad der Anlehnung des frei zugänglichen Bereichs der Video-Plattform für Öffentlichkeit an Corporate Design des Auftraggebers bestimmen Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam (siehe beispielsweise Ziffer 1.1.1.1. der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Bei der Erreichung des gewünschten Grades der Barrierefreiheit berät der Auftraggeber mit dem dort vorhandenen Fachwissen den Auftragnehmer (siehe Ziffer 1.2.1 und 1.4 der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Auftraggeber teilt im Falle der Übertragung von virtuellen Ausschusssitzungen dem Auftragnehmer frühzeitig den Einwahllink für das Videokonferenz-System mit (siehe beispielsweise Ziffer 2.3 und 2.4 der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Beginn der Übertragung von virtuellen Ausschusssitzungen bestimmt Auftraggeber in Videokonferenz durch eine entsprechende Aussage des Ausschussvorsitzes (siehe beispielsweise Ziffer 2.3.4. der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]);
- Für die Migration der unter Ziffer 4.2. der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] genannten Aufzeichnungen werden Titel und Beschreibung zur Verfügung gestellt
- Der Auftraggeber überprüft nach Migration von Daten durch den Auftragnehmer deren Vollständigkeit (siehe beispielsweise Ziffer 4.2. und

Unterziffern der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]).

Der „garantiert verfügbare Übertragungsweg“ für Turnus-Tondateien wird durch den Auftragnehmer und den Auftraggeber gemeinschaftlich festgelegt. Das bedeutet, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber einen Vorschlag unterbreitet und der Auftraggeber diesen Vorschlag annimmt oder den Auftragnehmer auffordert, einen neuen Vorschlag zu unterbereiten (siehe Ziffer 5.7. und Unterziffern der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**]).

## **8. Mitarbeiter des Auftragnehmers**

- 8.1 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass er die für die Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten benötigten Mitarbeiterressourcen mit den geeigneten Qualifikationen und Fähigkeiten, welche für die in der Leistungsbeschreibung [**Anlage B.1**] dargestellten Tätigkeiten und Aufgabenfelder benötigt werden, jeweils zeitnah nach Mitteilung des Auftraggebers zur Verfügung stellt. Der Auftragnehmer trifft ferner angemessene Vorsorge für kurzfristige Änderungen und Erhöhungen der vom Auftraggeber benötigten Ressourcen.
- 8.2 In jedem Falle der Abwesenheit, des Austausches oder des Ausscheidens einer im Rahmen der Leistungserbringung des Auftragnehmers eingesetzten Person hat der Auftragnehmer Sorge dafür zu tragen, dass die Leistungserbringung weiterhin in gleichbleibender Qualität verzögerungsfrei ausgeführt wird.
- 8.3 Der Auftragnehmer stellt die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 6 des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG -) in der bei Inkrafttreten des Vertrags aktuellen Fassung sicher.
- 8.4 Der Auftraggeber behält sich eine Sicherheitsüberprüfung („SÜ“) aller Mitarbeitenden des Auftragnehmers und dessen Unterauftragnehmer vor. Der Auftragnehmer wird bei der Sicherheitsüberprüfung mitwirken und Unterauftragnehmer auf die Einhaltung der Verpflichtung zur Sicherheitsüberprüfung verpflichten.

## **9. Einbindung und Austausch von Unterauftragnehmern / Lieferanten**

- 9.1 Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers an andere übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei solchen Teilleistungen, für die der Auftragnehmer bereits im Vergabeverfahren Unterauftragnehmer (auch „Subunternehmer“ oder „Nachunternehmer“) benannt hat.
- 9.2 Sofern es sich um einen Unterauftragnehmer handelt, der in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 in der jeweils aktuellen Fassung über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren („EU- Sanktions-VO“) fällt, sind auch Veränderungen des Leistungsanteils des diesem Unterauftragnehmer übertragenen Leistungsteils anzeige- und zustimmungspflichtig. Überschreitet der Leistungsanteil des Unterauftragnehmers einen Anteil von 10 % am Auftragswert, so ist der Auftraggeber berechtigt, den sofortigen Austausch des Unterauftragnehmers zu verlangen oder den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.
- 9.3 Überschreitet der Leistungsanteil eines Lieferanten, der in den Anwendungsbereich der EU-Sanktions-VO fällt, einen Anteil von 10 % am Auftragswert, so ist der Auftraggeber berechtigt, den sofortigen Austausch des Lieferanten zu verlangen.

## **10. Abrechnung und Vergütung des Auftragnehmers**

- 10.1 Die Abrechnung und Vergütung des Auftragnehmers erfolgen auf der Grundlage der erbrachten Grundleistungen und der abgerufenen Optionalen Leistungen zu den von dem Auftragnehmer in dem Preisblatt [**Anlage B.2**] seines Angebots angebotenen Preisen.
- 10.2 Für nach Aufwand abzurechnende Leistungen werden zu einem festen Stundensatz mit dem im Preisblatt [**Anlage B.2**] angegebenen Preis pro Stunde vergütet. Die Vergütung erfolgt nach tatsächlichem Zeitaufwand minutengenau. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber zum Zwecke der Abrechnung einen detaillierten Zeitaufweis einzureichen. Vergütet werden nur von dem Auftraggeber abgerufene und von dem Auftragnehmer tatsächlich erbrachten Leistungen. Darüber hinaus stehen dem Auftragnehmer für diese Leistungen keine gesonderten Vergütungsansprüche zu; insbesondere ist die Bereitstellung dieser Leistungen mit abgegolten.
- 10.3 Die in dem Preisblatt [**Anlage B.2**] aufgeführten Preise erstrecken sich auf alle anfallenden Leistungen (Grundleistungen und alle per Abruf beauftragten Optionalen Leistungen) des Auftragnehmers inklusive aller Nebenkosten (insbesondere auch Fahrt- und Materialkosten, Auslagen etc.). Reisezeiten werden nicht gesondert vergütet.
- 10.4 Der Auftragnehmer wird die erbrachten Leistungen monatlich abrechnen,

spätestens sieben (7) Tage nach Ablauf des jeweiligen Monats. Die Vergütung ist fällig und zahlbar mit einem Zahlungsziel von 30 Kalendertagen nach Eingang einer nachvollziehbaren und prüffähigen Rechnung, auch wenn die Leistung bereits entgegengenommen wurde.

## 10.5 Preisgleitklausel

Für Vergütungsbestandteile, die nicht ausschließlich als durchlaufende Posten mit eigener, separater Anpassungslogik oder Festpreise ohne Indexierung ausgewiesen sind, gilt abweichend von Ziffer 10.1 bis 10.3 die nachfolgenden indexbasierten Anpassungsregeln.

- 10.5.7 Maßgeblicher Index ist der vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlichte Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI, Gesamtindex, alle privaten Haushalte; Basisjahr = 100). Maßgeblich ist das jeweils aktuell von Destatis bekannt gemachte Basisjahr (=100).
- 10.5.8 Referenzzeitpunkt ("Index Basis") ist der Indexstand des VPI für den Monat des Vertragsbeginns gemäß Ziffer 6.1. Anpassungsstichtag ist jeweils der 01. Januar eines Kalenderjahres ("Anpassungsstichtag"). Die erste Anpassung ist frühestens zum ersten Anpassungsstichtag NACH Ablauf der Grundlaufzeit gemäß Ziffer 6.3 zulässig; danach erfolgt die Prüfung jeweils jährlich zum Anpassungsstichtag.
- 10.5.9 Berechnungsformel: Neuer Preis ("Pneu") = Ausgangspreis ("P0") × (Index neu / Index Basis). "Index neu" ist der Indexstand des VPI für den Kalendermonat, der zwei (2) Monate vor dem jeweiligen Anpassungsstichtag liegt (Veröffentlichungslauf). Die Anpassung wirkt symmetrisch nach oben und unten.
- 10.5.10 Cap/Collar: Die Änderung je Anpassungsstichtag ist betragsmäßig auf maximal plus/minus sechs Prozent ( $\pm 6\%$ ) bezogen auf den jeweils zuletzt gültigen Preis begrenzt. Nicht ausgeschöpfte Änderungsbeträge verfallen; eine Nachholung in späteren Perioden findet nicht statt.
- 10.5.11 Bagatellschwelle: Liegt die relative Abweichung  $|\text{Index neu} / \text{Index Basis} - 1|$  unter zwei Prozent (2,0 %) zum Anpassungsstichtag, unterbleibt eine Anpassung zu diesem Stichtag. Eine Kumulierung auf den nächsten Stichtag findet nicht statt.
- 10.5.12 Verfahren/Transparenz: Der Auftragnehmer übermittelt dem Auftraggeber spätestens vier (4) Wochen vor dem jeweiligen Anpassungsstichtag eine nachvollziehbare Berechnung unter Angabe der verwendeten Indexstände und Quellenangabe (Destatis/GENESIS). Ohne fristgerechte Mitteilung bleibt der zuletzt gültige Preis bis zum nächsten Anpassungsstichtag maßgeblich.

10.5.13 Indexumstellungen/-ersatz: Nimmt Destatis methodische Umstellungen (Basiswechsel, Revisionen) vor oder wird der VPI vorübergehend nicht veröffentlicht, tritt der amtliche Nachfolge- oder Ersatzindex an seine Stelle.

## **11. Rechnungsstellung**

### **11.1 Rechnungsempfänger ist:**

Landtag Rheinland-Pfalz  
Abteilung Kommunikation

Referat K 7 Interne und externe Kommunikation, Medientechnik  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

11.2 Die Rechnungsstellung erfolgt elektronisch gemäß dem E- Rechnungs-Gesetz Rheinland-Pfalz (ERechGRP) und der E-Rechnungsverordnung Rheinland-Pfalz (ERechVORP).

11.3 Die Rechnung muss mindestens folgende Angaben enthalten, damit sie der Auftraggeber akzeptiert.

- Bestelldatum (bei den Grundleistungen gemäß **Ziffer 4.2** dieses Vertrags den Tag des Vertragsbeginn; bei Optionalen Leistungen das Datum des jeweiligen Abrufs)
- Leistungsnachweis
- Eindeutige Rechnungsnummer (auch bei Storno-Rechnungen)

11.4 Der Auftraggeber ist aufgrund des E-Rechnungs-Gesetzes Rheinland-Pfalz vom 3. Juni 2020 (ERechGRP) dazu verpflichtet, elektronische Rechnungen über digitale Kanäle zu empfangen.

Der Auftragnehmer kann eine elektronische Rechnung als Anhang einer E-Mail oder direkt als Upload über den Zentralen E-Rechnungseingang RLP ([ZRE-rlp@Poststelle.rlp.de](mailto:ZRE-rlp@Poststelle.rlp.de)) übermitteln.

Der Auftragnehmer muss sich einmalig vor der Einreichung per E-Mail bzw. die Einreichung per Upload am Nutzerkonto RLP (<https://nutzerkonto.service.rlp.de/>) registrieren und den Nutzungsbedingungen des Zentralen E-Rechnungseingangs RLP zustimmen. Weitere Informationen sind abrufbar unter <https://e-rechnung.service.rlp.de/de/startseite/>

Der Auftragnehmer muss zur genauen Adressierung der elektronischen Rechnungen die Leitweg-ID der Landtagsverwaltung verwenden: **07-0001101100000-57**

## **12. Verschwiegenheit und Weitergabe von Informationen**

- 12.1 Jegliche Informationen in Bezug auf die Vertragsdurchführung / Leistungserbringung und sonstige Tätigkeiten des Auftraggebers sowie jegliche Informationen, die als Insiderinformationen im Sinne des Art. 7 (1) a) Marktmissbrauchsverordnung anzusehen sind (nachfolgend „**vertrauliche Informationen**“) sind vom Auftragnehmer auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses vertraulich zu behandeln.
- 12.2 Zu den vertraulichen Informationen nach **Ziffer 12.1** dieses Vertrags gehören auch (i) Informationen, deren Bekanntwerden nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung der Ziele, die die Grundlage des Auftragsgegenstands darstellen, haben kann, sowie (ii) sämtliche aus Aufzeichnungen gewonnene oder durch KI erzeugte bzw. abgeleitete Daten und Metadaten. Der Auftragnehmer sowie von ihm eingesetzte Unterauftragnehmer dürfen diese Daten ausschließlich zur Vertragserfüllung verarbeiten. „KI“ im Sinne dieses Vertrags umfasst „KI-Systeme“ gemäß Art. 3 Nr. 1 der Verordnung (EU) 2024/1689 (Verordnung über künstliche Intelligenz) und „KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck“ gemäß Art. 3 Nr. 63 der Verordnung (EU) 2024/1689 (Verordnung über künstliche Intelligenz).
- 12.3 Die Verschwiegenheitspflicht des Auftragnehmers verbietet diesem, vertrauliche Informationen unbefugt zu offenbaren oder zu verwerten. Hiervon umfasst ist insbesondere die Verpflichtung des Auftragnehmers, vertrauliche Informationen weder an Dritte weiterzuleiten noch auf sonstige Weise zugänglich zu machen. Darüber hinaus trifft der Auftragnehmer geeignete Vorkehrungen zum Schutz der Informationen, mindestens diejenigen Vorkehrungen, mit denen er besonders sensible Informationen über sein eigenes Unternehmen schützt.
- 12.4 Der Auftragnehmer stellt darüber hinaus durch geeignete Maßnahmen sicher, dass vertrauliche Informationen innerhalb seiner internen Organisation nur den Personen / Bereichen zugänglich gemacht werden, die mit der Durchführung dieses Vertrags und der abgerufenen Optionalen Leistungen betraut sind. Darüber hinaus wird eine Weitergabe / ein Zugänglichmachen vertraulicher Information nicht erfolgen. Insbesondere wird der Auftragnehmer die vertraulichen Informationen nicht nutzen, um sich im Wettbewerb einen geschäftlichen Vorteil zu verschaffen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass sich alle zur Leistungserbringung eingesetzten oder in sonstiger Weise mit vertraulichen Informationen in Berührung kommenden Dritten - einschließlich seine mit ihm im Sinne des §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen - gegenüber dem Auftraggeber in gleicher Weise zur Vertraulichkeit verpflichten.
- 12.5 Der Auftragnehmer ist zur Weitergabe von Vertraulichen Informationen berechtigt, wenn
- 12.5.7 er durch gesetzliche, gerichtliche oder behördliche Anordnung oder verpflichtende Börsenregeln zur Weitergabe verpflichtet ist
- oder

- 12.5.8 der Auftraggeber der Weitergabe in Textform zugestimmt hat.
- 12.6 In den Fällen von **Ziffer 12.5.1** dieses Vertrags muss der Auftragnehmer den Auftraggeber hiervon in Textform in Kenntnis setzen, sofern dies rechtlich erlaubt ist. Er ist - soweit rechtlich zulässig - verpflichtet, dem Auftraggeber die Möglichkeit einzuräumen, sich einer solchen Offenlegung zu widersetzen und / oder diese zu beschränken.
- 12.7 Die vorgenannten Vertraulichkeitsverpflichtungen gelten nicht für Informationen,
- 12.7.7 die sich rechtmäßig im öffentlichen Bereich befinden,
- 12.7.8 dem Auftragnehmer bereits vor der Offenlegung durch den Auftraggeber bekannt waren,
- 12.7.9 dem Auftragnehmer von einem Dritten ohne Vertraulichkeitsverpflichtung rechtmäßig offengelegt wurden oder
- 12.7.10 vom Auftragnehmer unabhängig und ohne Bezug auf die vertraulichen Informationen entwickelt wurden.
- 12.8 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich darüber informieren, wenn er, seine Organe oder seine Mitarbeitenden Kenntnis davon erlangen, dass vertrauliche Informationen unter Verstoß gegen diesen Vertrag weitergegeben wurden oder wenn unbefugte Dritte Kenntnis über vertrauliche Informationen erlangt haben (zum Beispiel durch Hacking).
- 12.9 Der Auftragnehmer wird nach Abschluss des Vertragsverhältnisses sämtliche vertraulichen Informationen vernichten oder löschen, es sei denn, er ist gesetzlich oder durch Anordnung eines zuständigen Gerichts oder einer zuständigen Behörde oder sonstigen Einrichtung zur Aufbewahrung verpflichtet. Mindestens vier (4) Wochen vor der Löschung (vor der Vernichtung) wird der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber in Textform die geplante Löschung (Vernichtung) anzeigen und anfragen, welche Daten er hiervon zuvor an den Auftraggeber herausgeben soll. Vertrauliche Informationen, die in routinemäßig elektronisch abgespeicherten Dateien enthalten sind, müssen nicht gelöscht werden, soweit dies nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre.
- 12.10 Die Nutzung der Beauftragung durch den Auftraggeber als Referenz im Rahmen von Werbe- oder Marketingmaßnahmen durch den Auftragnehmer bedarf in jedem Fall der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

### **13. Wettbewerbsbeschränkungen, Antikorruptionsklausel, Einhaltung sonstiger rechtlicher Verpflichtungen**

- 13.1 Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gemäß § 314 BGB berechtigt, diesen Vertrag ganz oder hinsichtlich einzelner Leistungsbestandteile aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist

zu kündigen oder, soweit gesetzlich zulässig, von einzelnen Leistungsbestandteilen zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeitenden

13.1.7 aus Anlass der Auftragserteilung nachweislich eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;

13.1.8 dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitenden oder von diesen beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellen, anbieten, versprechen oder gewähren; oder

13.1.9 gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitenden oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begehen oder dazu Beihilfe leisten, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.

13.2 Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

13.3 Der Auftragnehmer sichert zudem zu, alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten, die arbeitsschutzrechtlichen Regelungen einzuhalten und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgeltes zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach §§ 7, 7a oder §11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.

## **14. Nutzungsrechte**

14.1 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber unwiderruflich das räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte, ausschließliche und übertragbare - vollständig oder in Teilen - Nutzungsrecht an den Videoaufnahmen und sämtlichen in Verbindung hiermit hergestellten Dateien, einschließlich sämtlicher im Rahmen der Leistungserbringung durch KI erzeugte bzw. abgeleitete Transkripte, Zusammenfassungen, Untertitel, Metadaten, Anreicherungen und sonstige abgeleiteten Werke, in allen derzeit bekannten und zukünftig bekannt werdenden Medien und Nutzungsarten ein. Die dem Auftraggeber von dem Auftragnehmer



eingräumten Nutzungsrechte umfassen unter anderem die Veröffentlichung sowie sämtliche körperlichen Verwertungen und unkörperlichen Wiedergaben. Dies umfasst auch die Verbreitung, Vervielfältigung, Aufführung, Ausstellung und öffentliche Zugänglichmachung. Die Rechteeinräumung gilt für sämtliche zum Zeitpunkt der Beauftragung bekannten und unbekannten (auch künftig neuen) Nutzungsarten an dem von dem Auftragnehmer für den Auftraggeber im Rahmen seiner Leistungserbringung allein oder gemeinsam mit anderen erstellten Arbeitsergebnissen, inklusive aller Vorstufen und Zwischenergebnisse. Die Rechteeinräumung an den Auftraggeber erfolgt mit dem Entstehen des jeweiligen Rechts. Das Nutzungsrecht umfasst die Langzeitarchivierung durch den Auftraggeber oder durch vom Auftraggeber beauftragte Dritte. Das Nutzungsrecht schließt das Recht zur Änderung, Bearbeitung sowie Umgestaltung und zur unbeschränkten Weiterübertragung an dritte Parteien ein. Eine Weiterübertragung an dritte Parteien gegen Entgelt ist ausgeschlossen. Dem Auftragnehmer wird zugleich das Recht eingeräumt, die Videoaufnahmen im Rahmen seiner Eigendarstellung (Portfolio, Web und Print) während der Laufzeit dieses Vertrags uneingeschränkt zu nutzen. Der Auftragnehmer versichert, dass die dem Auftraggeber eingeräumten Rechte frei von Rechten Dritter sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen Ansprüchen freizustellen, die von Dritten aufgrund einer Verletzung dieser Pflichten geltend gemacht werden. Die Übertragung sämtlicher Nutzungs- und Verwertungsrechte des Auftragnehmers und der/des Urheber/s ist mit der Vergütung gemäß Ziffer 10. dieses Vertrags umfassend abgegolten.

- 14.1 Soweit zur Durchführung dieses Auftrages eine Nutzung des bei dem Auftraggeber bereits vorhandenen intellektuellen Kapitals, wie insbesondere Know-how, Methoden, Modelle und Tools, und dessen Weiterentwicklung (Auftraggeber-IK) erforderlich oder anderweitig im Sinne einer bestmöglichen Auftragsdurchführung gerechtfertigt ist, wird dem Auftragnehmer ein auf die Dauer dieses Vertragsverhältnisses einschließlich der Dauer der abgerufenen Optionalen Leistungen beschränktes, nicht ausschließliches, nicht übertragbares Nutzungsrecht vom Auftraggeber eingeräumt. Gleichwohl behält der Auftraggeber uneingeschränkt alle Rechte und jegliches geistige Eigentum an dem vorbeschriebenen Auftraggeber-IK.
- 14.2 Etwaige von dem Auftraggeber dem Auftragnehmer darüber hinaus zur Verfügung gestellten Daten und sonstigen Unterlagen verbleiben in dessen Eigentum und sind nach der Beendigung dieses Vertrags und der abgerufenen Optionalen Leistungen unverzüglich und kostenlos wieder an ihn herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht; dies gilt auch für die mittels elektronischer Post oder auf Datenträgern dem Auftragnehmer übergebenen Informationen; diese sind unverzüglich zu löschen. Die Löschung hat der Auftragnehmer unverzüglich nach deren Vollzug dem Auftraggeber zu bestätigen.
- 14.3 Der Auftragnehmer sichert dem Auftraggeber zu, dass seine Leistungen und die

von ihm im Wege der Leistungserbringung hervorgebrachten Arbeitsergebnisse frei von jeglichen Rechten Dritter - zum Beispiel von gewerblichen Schutzrechten - sind. Sollten Dritte gegenüber dem Auftraggeber eine Verletzung ihrer Rechte geltend machen, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von sämtlichen hieraus resultierenden Schäden und Kosten frei, unter Einschluss von Gerichts- und Vergleichskosten und der Kosten für eine nach billigem Ermessen des Auftraggebers erforderliche Rechtsberatung. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber proaktiv bei der gerichtlichen und außergerichtlichen Beilegung solcher Streitigkeiten mit Dritten, wobei das alleinige Prozessführungsrecht sowie das Recht, gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche zu schließen, bei dem Auftraggeber verbleiben.

## **15. Leistungsstörung / Haftung**

- 15.1 Erfüllt der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus einem Abruf Optionaler Leistungen oder aus diesem Vertrag ganz oder teilweise nicht, so kann der Auftraggeber unbeschadet sonstiger Ansprüche nach Ablauf einer angemessenen Frist die Leistungen selbst durchführen oder durch einen Dritten ausführen lassen, wobei der Auftragnehmer die dadurch verursachten Mehrkosten zu tragen hat. Eine Fristsetzung ist insbesondere entbehrlich, wenn vereinbarte Termine bereits verstrichen sind, nicht mehr eingehalten werden können oder bei einer Fristsetzung nicht mehr eingehalten werden könnten.
- 15.2 Der Auftragnehmer haftet für Pflichtverletzungen aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag sowie den auf seiner Grundlage abgerufenen Optionalen Leistungen, soweit der Auftragnehmer diese zu vertreten hat. Bei zu vertretenden Pflichtverletzungen kann der Auftraggeber nach seiner Wahl verlangen, dass der Auftragnehmer entweder innerhalb einer angemessenen Frist, spätestens aber innerhalb einer Frist von einer (1) Woche ab Zugang des Verlangens den Zustand herstellt, der bestehen würde, wenn die Pflichtverletzung nicht eingetreten wäre, oder Schadensersatz in Geld leistet.
- 15.3 Die Haftung für alle während der Vertragslaufzeit durch den Auftragnehmer begangenen bzw. diesem zurechenbaren fahrlässig verursachten Schäden wird auf einen Gesamtbetrag (für alle Schadensereignisse in Summe) in Höhe von 2.000.000,00 Euro beschränkt. Die Haftungsbeschränkung gemäß Satz 1 dieser Ziffer 15.3 gilt nicht bei Vorsatz, bei grober Fahrlässigkeit, Verletzung von Garantien und bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.
- 15.4 Die Haftung des Auftragnehmers ist in dem Umfang ausgeschlossen, in welchem der Schaden verursacht wurde durch
- 15.4.7 eine schuldhafte Handlung oder Unterlassung des Auftraggebers oder seiner Erfüllungsgehilfen
- oder
- 15.4.8 die Ausführung von Weisungen, die dem Auftragnehmer vom

Auftraggeber oder dessen Erfüllungsgehilfen erteilt worden sind, soweit der Auftragnehmer den Auftraggeber vor Beginn der Ausführung auf seine Bedenken gegen die Weisung in Schriftform hingewiesen hat.

15.5 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen mit der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt zu erbringen.

15.6 Für jegliche verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung verbleibt es bei den gesetzlichen Anforderungen, eine Haftungsbegrenzung findet insoweit nicht statt. Hinsichtlich der Haftung aus dem Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG) bleibt es bei den gesetzlichen Regelungen und dem Haftungshöchstbetrag in Höhe von 85 Millionen Euro (vgl. § 10 ProdHaftG). Produkt im Sinne dieses Produkthaftungsgesetzes ist jede bewegliche Sache, auch wenn sie einen Teil einer anderen beweglichen Sache oder einer unbeweglichen Sache bildet, sowie Elektrizität (vgl. § 2 ProdHaftG). Bei der Produkthaftung handelt es sich um eine verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung.

## **16. Haftpflichtversicherung**

16.1 Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber unverzüglich und unaufgefordert innerhalb von zwei (2) Wochen nach Vertragsschluss einen bestehenden Berufs- / Betriebshaftpflichtversicherungsschutz mindestens in Höhe und mit der Maximierung der Ersatzleistung pro Kalenderjahr gemäß den Vorgaben in dem Vergabeverfahren bei einem im Mitgliedstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen nach. Vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers.

16.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den gemäß **Ziffer 16.1** dieses Vertrags nachgewiesenen Versicherungsschutz für die Dauer dieses Vertrags und für mindestens sechs (6) Monate nach Beendigung der letzten Grundleistung oder der letzten abgerufenen Optionalen Leistung aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen Anzeige in Schriftform gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet, soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht, der Versicherungsschutz eingeschränkt oder aufgehoben wird. In diesem Fall ist der Auftraggeber berechtigt, Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens eines mindestens gleichwertigen Versicherungsschutzes abhängig zu machen.

## **17. Datenschutz und Barrierefreiheit**

17.1 Der Auftragnehmer gewährleistet die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften.

17.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, personenbezogene Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes

(BDSG) und des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG RLP), die er im Zusammenhang mit diesem Vertrag von dem Auftraggeber erhält oder für den Auftraggeber verarbeitet, ausschließlich für die Zwecke der Erfüllung dieses Vertrages zu verarbeiten. Soweit dies zur Erfüllung der vertraglichen oder gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist, ist es dem Auftragnehmer gestattet, personenbezogene Daten an Dritte zu übermitteln. Eine weitere Verarbeitung der erhobenen Daten ist nicht gestattet.

- 17.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOMs) zur Sicherstellung des Datenschutzes zu ergreifen und aufrechtzuerhalten sowie alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um einen unbefugten Zugriff Dritter auf personenbezogene oder sonst schützenswerte Daten in seinem Wirkungskreis zu verhindern. Er verpflichtet sich insbesondere, in seinem Wirkungskreis nur Personen an der Leistungserbringung zu beteiligen, die

17.3.7 zur Wahrung der Vertraulichkeit - auch nach Beendigung der Leistungserbringung - verpflichtet wurden,

17.3.8 über die Regelungen der Datenschutzgesetze sowie sonstigen datenschutzrechtlichen Vorgaben angemessen und der Aufgabensituation entsprechend belehrt und geschult wurden und

17.3.9 über genügende Sachkunde für die ordnungsgemäße Abwicklung der Aufgaben verfügen.

- 17.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit die Herausgabe einzelner oder sämtlicher Daten zu verlangen. Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses gleich aus welchem Grund wird der Auftragnehmer die Daten unaufgefordert in einem üblichen, für die Übernahme durch den Auftraggeber und für die direkte Überspielung geeigneten Format herausgeben. Der Auftragnehmer wird die Daten auf seinen Systemen löschen, es sei denn, eine Speicherung ist zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen erforderlich.

- 17.5 Soweit sich die anwendbaren Regelungen für den Datenschutz und die Barrierefreiheit während der Laufzeit dieses Vertrags ändern und dies Anpassungen im Zusammenhang mit der Leistungserbringung des Auftragnehmers erforderlich macht, hat der Auftragnehmer diese Anpassungen unverzüglich durchzuführen. Die Leistungen sind mit den bereits erbrachten Vergütungen für die Grundleistungen und die abgerufenen Optionalen Leistungen abgegolten.

## **18. IT-Sicherheit**

Der Auftragnehmer verfügt für die Bereitstellung der Leistung (inklusive der dazu notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, personellen und technischen Komponenten) über ein angemessenes, dokumentiertes und implementiertes Sicherheitskonzept, welches nach ISO/IEC 27001 zertifiziert ist. Auf Verlangen

des Auftraggebers legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber dieses Sicherheitskonzept und das ISO/IEC 27001 Zertifikat vor. Der Auftragnehmer stellt während der gesamten Laufzeit dieses Vertrags sowie der abgerufenen Optionalen Leistungen sicher, dass die Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um die Vertraulichkeit der Informationen zu wahren und unberechtigte Zugriffe zu verhindern.

## **19. Förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen**

- 19.1 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sich die von ihm zur Vertragserfüllung eingesetzten Personen bereit erklären, nach den Bestimmungen des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl. I 469, 545), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I 1942) (Verpflichtungsgesetz) vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet zu werden.
- 19.2 Die seitens des Auftragnehmers zur Leistungserbringung eingesetzten Personen werden nach den Bestimmungen des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl. I 469, 545), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I 1942) (Verpflichtungsgesetz) vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten vom Auftraggeber verpflichtet (Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz **Anlage B.5**). Zu diesem Zwecke wird eine „Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung“ verfasst, die jede zur Leistungserbringung eingesetzte Person vor der Aufnahme der Leistungserbringung zu unterschreiben hat, nachdem diese entsprechend verpflichtet worden ist.
- 19.3 Die Verpflichtung wird von dem Auftraggeber per E-Mail und / oder telefonisch vorgenommen. Dabei wird auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen.

## **20. Kündigung**

- 20.1 Dieser Vertrag kann sowohl von dem Auftraggeber als auch dem Auftragnehmer bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ganz oder hinsichtlich einzelner Leistungsbestandteile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Dies ist von der kündigenden Partei schriftlich bzw. in Textform darzulegen. Hat eine Partei den wichtigen Grund selbst verursacht, steht dieses Recht zur Kündigung nur der anderen Partei zu.

Als wichtiger Grund gilt insbesondere:

- 20.1.1 die drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Auftragnehmers; Zahlungsstockung gegenüber Gläubigern des Auftragnehmers, Antragstellung auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers;
- 20.1.2 wiederholte oder schwerwiegende Verstöße gegen die vertraglichen

Pflichten, insbesondere bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen gegen Datenschutz-, IT-Sicherheits- oder Vertraulichkeitspflichten;

- 20.1.3 wenn der Auftragnehmer oder einer seiner Unterauftragnehmer gegen Artikel 5 k) Absatz 1 der EU-Sanktions-VO verstößt;
- 20.1.4 die nach **Ziffer 19** dieses Vertrags förmlich zu verpflichtende Personen die unterzeichnete Verpflichtungserklärung auch nicht innerhalb einer vom Auftraggeber schriftlich gesetzten, angemessenen Nachfrist unter Androhung der Kündigung dem Auftraggeber übermitteln;
- 20.1.5 die Übertragung der Ausführung der Leistung oder wesentlicher Teile davon durch den Auftragnehmer an andere ohne die gemäß **Ziffer 9.1** dieses Vertrags erforderliche vorheriger Zustimmung des Auftraggebers; sofern es sich um einen Unterauftragnehmer handelt, der in den Anwendungsbereich EU-Sanktions-VO fällt, wenn der Leistungsanteil des Unterauftragnehmers einen Anteil von 10 % am Auftragswert überschreitet, **Ziffer 9.2** dieses Vertrags;
- 20.1.6 das Bekanntwerden von Umständen, die berechtigte Zweifel an der Leistungsfähigkeit, Fachkunde und Zuverlässigkeit des Auftragnehmers erwecken, es sei denn, diese Zweifel werden innerhalb einer angemessenen Frist vom Auftragnehmer widerlegt;
- 20.1.7 das Bekanntwerden von Umständen, die die Richtigkeit der Angaben des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Erstellung des Angebots zum Erhalt dieses Vertrags oder im Zusammenhang mit einem Abruf Optionaler Leistungen, insbesondere der gemäß den Vergabeunterlagen zu tätigen Angaben über den Auftragnehmer, in Frage stellen;
- 20.1.8 das Bekanntwerden einer nachträglichen Änderung der Verhältnisse des Auftragnehmers, soweit dadurch die gemäß den Vergabeunterlagen zu tätigen Angaben über den Auftragnehmer unrichtig werden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich in Textform zu unterrichten, sollten sich diese Verhältnisse des Auftragnehmers ändern;
- 20.1.9 die Einstellung der Hauptgeschäftstätigkeit des Auftragnehmers, der Verlust einer für die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlichen Erlaubnis oder Zulassung, das Betreiben seiner Liquidation oder Auflösung;
- 20.1.10 die Verurteilung des Auftragnehmers oder einer seiner Gesellschafter wegen Betrugs oder krimineller Aktivitäten bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend diesem Vertrag;
- 20.1.11 das Verlangen der Beendigung dieses Vertrags durch eine

zuständige Aufsichtsbehörde;

- 20.1.12 der Auftragnehmer lehnt mehr als zwei Abrufe Optionaler Leistungen hintereinander ohne sachlichen Grund ab;
- 20.1.13 die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 6 des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG -) durch den Auftragnehmer nach **Ziffer 8.3** dieses Vertrags.
- 20.2 Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund besteht auch, wenn die Leistung aufgrund von Umständen, die keine Vertragspartei zu vertreten hat, wie zum Beispiel höhere Gewalt, Krieg, Naturkatastrophen, Epidemien, Pandemien oder vergleichbare Umstände, nicht durchgeführt oder fortgesetzt werden kann.
- 20.3 Jede Kündigungserklärung bedarf der Textform.
- 20.4 Wird der Vertrag aus einem sonstigen, nicht von dem Auftragnehmer zu verantwortenden Grund gekündigt, ist der Auftragnehmer berechtigt, für die bis dahin vertragsgemäß und abnahmefähig erbrachten Leistungen die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so werden nur die bis dahin erbrachten Leistungen vergütet, soweit sie von dem Auftraggeber verwertet werden.
- 20.5 Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

## **21. Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht**

- 21.1 Der Auftragnehmer ist nicht zur Aufrechnung gegenüber Ansprüchen dem Auftraggeber berechtigt. Das Aufrechnungsverbot gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Forderungen.
- 21.2 Der Auftragnehmer kann kein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

## **22. Schlussbestimmungen**

- 22.1 Das Risiko von Rechenfehlern bzw. Kalkulationsirrtümern in den Angebotspreisen trägt der Auftragnehmer.
- 22.2 Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen.
- 22.3 Änderungen, Ergänzungen und / oder Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen der Textform. Dies gilt auch für die Abbedingung des Textformerfordernisses selbst.
- 22.4 Dem Auftragnehmer ist es nicht gestattet, seine Rechte aus diesem Vertrag auf einen anderen zu übertragen.
- 22.5 Für alle Rechtsbeziehungen aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des

UN-Kaufrechts vom 11. April 1980.

- 22.6 Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist Mainz.
- 22.7 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag und dessen Leistungsbestandteilen oder über dessen Gültigkeit ist, soweit rechtlich zulässig, Mainz.
- 22.8 Der vorliegende Vertrag kommt mit Zugang des Zuschlagschreibens des Auftraggebers über die Vergabeplattform DTVP zustande; eine Unterzeichnung des Vertrags durch die Parteien ist für das Zustandekommen dieses Vertrags nicht erforderlich.
- 22.9 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte dieser Vertrag eine anfängliche oder nachträgliche Lücke aufweisen, wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt. Die Vertragsparteien werden anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder lückenhaften Bestimmungen solche vereinbaren, wie sie bei Kenntnis der Unwirksamkeit, Undurchführbarkeit oder Lückenhaftigkeit bei Abschluss dieses Vertrags vereinbart worden wären.

## **Anlagen**

**Anlage A.4** - vergaberechtliche Verpflichtungserklärung - soweit aus dem Vergabeverfahren vorliegend

**Anlage B.1** - Leistungsbeschreibung

**Anlage B.2** - Preisblatt

**Anlage B.3** - Auftragsverarbeitungsvertrag

**Anlage B.4** - das bezuschlagte Angebot des Auftragnehmers aus dem Vergabeverfahren

**Anlage B.5** – Verpflichtungserklärung nach dem Verpflichtungsgesetz

*[Unterschriftenseite folgt]*



**Datum der Zuschlagserteilung (Vertragsbeginn): [..]**

**Auftraggeber: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den Landtag Rheinland-Pfalz**

Ort, Datum:

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Name, Funktion

**Auftragnehmer: [ ..... ]**

Ort, Datum:

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Name, Funktion